Gemeindeverwaltung Worb
Präsidialabteilung
Bärenplatz 1, Postfach
3076 Worb

T +41 31 838 07 00
F +41 31 838 07 09
info@worb.ch
www.worb.ch

Worb
Verbindet.Uns.

Grosser Gemeinderat

Worb, 12. November 2024

429. Sitzungsprotokoll

Termin	Montag, 11. November 2024, 19:30 Uhr
Sitzungsende	20:21 Uhr
Ort	Bärenplatz 2, Worb, Gemeindesaal
Leitung	Federer Guido (SP), Präsident
1. Vizepräsident	Zingg Stephan (SVP)
2. Vizepräsident	Marchand Andy (FDP)
1. Stimmenzählerin	Moser-Utiger Silvia (EVP)
2. Stimmenzähler	Bützberger Ernst (Mitte)
Mitglieder	Cetin Christopher (EVP) Cetin Mayk (EVP) Moser Titus (EVP) Bieri-Meyer Marianne (FDP) Christensen Sven (FDP) Graf Gregory (FDP) Hager Rolf (FDP) Lanfranconi Elena (FDP) Stucki Daniel (FDP) Hofmann Danilo (Mitte) Jorio Marco (GLP) Wyss Eduard (Mitte) Zürcher Deborah (parteilos) Zwyer Lukas (Mitte) Bigler Markus (SVP) Fivian Bruno (SVP) Meister Stefan (SVP) Moser Stefan (SVP) Reber Markus (SVP) Steinmann Hans Ulrich (SVP) Wenger-Steiger Sybille (SVP) Bircher Andreas (SP) Dürst Iris (SP) Gerber-Maillefer Myriam (Grüne) Günther Paula (Grüne) Heil Günter (Grüne) Hodler Adrian (SP) Marthaler Matthias (SP) Maurer Rolf (SP) Mosimann Heidi (Grüne) Wyss Ursula (SP)
Abwesend	Flentje Burkhard Sibylle (Grüne)

	Jost-Pfister Catarina (GLP) Schmidhalter Norbert (FDP) Wirth Alfred (SP)
Gemeinderat	Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident Gerber Urs Hauser Adrian Moser Christoph Waber Karin Wermuth Bruno
Abwesend	Kölliker Lenka
Abteilungsleitende	Bergius Elke, Leiterin der Bauabteilung Geser Nicole, Leiterin der Polizeiabteilung Reusser Christian, Gemeindeschreiber
Sekretariat	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter
Protokoll	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

Geschäfte

1.	12/0/0	Parlament Mitteilungen
2.	12/0/0	Parlament Protokoll der Sitzung vom 14. Oktober 2024: Genehmigung
3.	33/42	Wasserversorgungsnetze Wasserversorgung und Abwasserentsorgung; Netzersatz und -erweiterung Schlosswilstrasse - Hübeliweg: Kreditbewilligung
4.	51/10/2	Kantonspolizei, Strafanträge Verkehrssicherheit; Beschaffung und Bewirtschaftung eines Geschwindigkeitsmessgerätes: Kreditbewilligung
5.	24/10	Liegenschaften des Finanzvermögens "Projekt Dorfmitte Rüfenacht 'Zur alten Linde' – Vergabe des Baurechts", einfache Anfrage der FDP-Fraktion: Stellungnahme
6.	12/0/0	Parlament Parlamentarische Vorstösse: Neueingänge

Traktandenliste

Feststellung:
Die Traktandenliste bleibt unbestritten.

Verhandlungen

Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 429	11.11.2024	1	2021/24-274	143	12/0/0

Ratspräsident Federer Guido: Den Zettel, den ihr auf dem Tisch findet, betrifft das Weihnachtsessen, welches im Altersheim stattfinden wird. Wie jedes Jahr, bezahlt jeder selbst und das werden Auslagen von ca. 60 Franken sein. Das Menu seht ihr auf dem Zettel. Im Idealfall sieht euer Zettel am Ende der Sitzung aus wie mein Exemplar. Es fehlt noch etwas und dieser Teil wäre bei Jürg. Bis am 15. November habt ihr Zeit euch an- oder abzumelden, damit wir anschliessend dem Altersheim Bescheid geben können.

Protokoll der Sitzung vom 14. Oktober 2024: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 429	11.11.2024	2	2021/24-275	144	12/0/0

Feststellung:
Weil keine Wortbegehren gestellt werden, erklärt der Vorsitzende das Protokoll als genehmigt.

Wasserversorgung und Abwasserentsorgung; Netzersatz und -erweiterung Schlosswilstrasse - Hübeliweg: Kreditbewilligung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 429	11.11.2024	3	2021/24-276	37905	33/42

Eintretensdebatte

Eintreten wird nicht bestritten und gilt somit als beschlossen.

Detailberatung

Bircher Andreas, GPK: Ich mache es kurz. Die Botschaft zu dieser Vorlage ist umfassend und gut strukturiert. Der Antrag zum Beschluss ist differenziert und ausgeführt. Die Fragen der GPK wurden vom Gemeinderat behandelt und daher ist die Ausführung des Geschäftes angezeigt. Kleiner Hinweis an die Verwaltung: Vergesst die Hydranten nicht, beziehungsweise die Subventionen für die Hydranten.

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Danke für den Hinweis. Richtig, man kann es nicht genug erwähnen und wir sind natürlich erstrebt, nichts zu vergessen. Aber, wir sind Menschen und wo Menschen sind, können Fehler passieren und bei mehr Menschen und zusätzlichen Maschinen, geschehen noch mehr Fehler. Jetzt aber zum Geschäft Wasser- und Abwasserentsorgung, Netzersatz in Richigen. Es betrifft die Schlosswilstrasse und den Hübeliweg. Die Ausgangslage ist klar. 2008 wurde die Kantonsstrasse, 2018 und 2019 die Bachstrasse und seither in Richigen nichts mehr saniert, weder in den Werken noch auf den Strassen. Ent-

sprechend ist natürlich der Bedarf da. Eine Etappe, die wir nun angehen werden, führt durch die Schlosswilstrasse und den Hübeliweg, quer über die Kantonsstrasse. Es gab Leitungsbrüche in diesem Bereich und durch starke Niederschläge wurden diese Leitungen stark verkalkt und konnten das Wasser nicht mehr aufnehmen. Dieses meteorgeführte Wasser läuft in die Kantonsstrasse und wird infolge Entwässerung durch die Leitungen in der Kantonsstrasse entfernt. Dies führt jedoch zu gefährlichen Situationen, indem sich Kanalabdeckungen heben. Dies wollen wir durch diese Sanierung beheben. Zum Projekt Netzersatz der Wasserversorgung seht ihr auf dem beigelegten Plan, wo und in welcher Form dies stattfinden wird. Der Netzersatz erfolgt teilweise mit dem Berstlining-Verfahren, teilweise mit Einpflügen und der Rest erfolgt im offenen Graben. Das sind die Varianten für dieses Projekt. Auslöser des ganzen Projekts war, dass man das Meteorwasser trennen will, folglich nicht in die Kantonsleitung, welche überlastet ist, zu führen, sondern direkt in die Worble. In der Botschaft haben wir mit Optionen gerechnet, angeschaut, was das Projekt verteuern oder verbilligen könnte und es wurde auch intensiv in der Baukommission diskutiert. Bei den wichtigsten Optionen geht es um die Oberflächenentwässerung in Benchen, einem Quartier oberhalb von Richigen. Wir haben erwägt, wenn schon die Wasserversorgung bis Benchen erneuert wird, auch das Meteorwasser, welches der Strasse entlangläuft, aufzufangen. Wir haben aber entschlossen, die 85'000 Franken einzusparen. Sollte nachträglich eine Sanierung notwendig sein, sind die Mehrkosten dieses Aufwandes marginal. Bei den Strassenkörpern wurde geprüft, was machbar ist und was nicht und wir haben aufgezeigt, wo Einsparungen möglich sind. Zum Beispiel, wenn man nicht die ganze Strasse herstellen würde, von der Schlosswilstrasse abwärts, im mittleren Teil, wo der Strassenkörper sehr schlecht ist, und dort macht es keinen Sinn, nur punktuell oder dort, wo die Strasse offen ist, zu sanieren. Es wurde beziffert und zeigt, wenn man dies nicht machen würde, dass der Kredit sich um 63'000 Franken reduzieren würde. Aus den genannten Gründen macht es aber keinen Sinn nur dort zu sanieren, wo der Graben saniert wird. Betreffend Hübeliweg haben wir ebenfalls eine Option aufgeführt, wo 32'000 eingespart werden könnten. Auch dort sind wir der Meinung, dass es unbefriedigend ist, ein flächendeckender Auftrag einer Oberflächenbehandlung für eine kurzfristige Homogenisierung der Oberfläche vorzunehmen. Wenn man schon öffnet, wird ein neuer Strassenbelag gemacht, um einen sauberen Übergang zur Bachstrasse zu schaffen. Wie ich bereits erwähnt habe, hat man diese Strasse 2018/2019 mit einem neuen Belag komplett saniert. Eine weitere Option, im Zusammenhang mit dem parlamentarischen Vorstoss betreffend Schwammstadt, liegt ebenfalls vor. Es wurde lange Zeit gedankenlos verbaut, zubetoniert und versiegelt und heute nehmen durch Wachstum, Bautätigkeit und schlussendlich Überlastung der Kläranlagen und durch ausserordentliche Ereignisse die Versickerungsflächen stetig zu. Wir steuern sozusagen auf ein neues Zeitalter zu und schauen auf allen Ebenen, wo Wasser versickern kann, auch hier in diesem Fall, wo eine Fläche zubetoniert wurde. Die Einfahrt in den Hübeliweg könnte verkleinert und um ca. 60 m^2 geöffnet werden. Kostenpunkt ca. 20'000 Franken, geschätzt durch das Ingenieurbüro. Die Baukommission hat abgewogen aber die Mehrheit war nicht dafür, dass dies gemacht werden sollte. Die Gründe dagegen sind im Protokoll und in der Botschaft festgehalten, aber ich kann diese gerne hier noch einmal erörtern. Der Preis ist relativ hoch, für dass der Standort im Grünen liegt. Nebenan befindet sich eine Hofstatt und berücksichtigt wird ebenfalls, dass der Hübeliweg nicht mehr so stark befahren wird durch Pendler. Dies ist so, weil die Stationsstrasse zum Zubringer umgestaltet wurde. Dies ist innerorts wichtig und nötig für den Landwirtschaftsverkehr. Es ist keine Luxusvariante, aber wichtig für die Sicherheit dieser Einfahrt. Die Optionen wurden zusammengefasst und zeigen die Einsparungen von ca. 105'000 Franken und die Mehrkosten betragen 95'000 Franken. Das Geschäft löst ein Baugesuchsverfahren aus, welches über das Regierungsstatthalteramt läuft und sobald der Kredit genehmigt wird, läuft das Ganze. Das Geschäft wurde von den wichtigen Kommissionen wie Sicherheits-, Bau- und Finanzkommission geprüft und beurteilt. Die Kosten sind aufgeführt und zeigen die 391'000 Franken für die Wasserversorgung, 389'000 Franken für die Abwasserentsorgung und 210'000 Franken für den Strassenbau. Der Kredit ist im Finanzplan 2029 aufgeführt. Wasser und Abwasser laufen über die Spezialfinanzierung und der Strassenbau wird über den Steuerhaushalt finanziert. Der Gemeinderat beantragt den Netzersatz der Wasserversorgung für die 391'000 Franken sowie Netzersatz der Meteorleitung für 389'000 Franken und die Strassensanierung Schlosswilstrasse – Hübeliweg mit einem Verpflichtungskredit von 210’00 Franken zu bewilligen. Total ergibt dies 990’000 Franken.

Christensen Sven, FDP: Bruno, ich möchte mich bei dir bedanken. In den letzten Jahren waren wir uns nicht immer einig bei Geschäften. Nun ist dies eines deiner letzten Geschäfte und einer meiner letzten Voten. So gut! So zu gehen ist doch schön. Es ist eine klare Botschaft und wie bereits die GPK gesagt hat, ist es umfangreich, Optionen sind enthalten und die Kommissionen sind erwähnt. Wir haben es uns oft gewünscht, dass auf die Kommissionen eingegangen wird und man weiss, wie sie sich geäussert haben. Sogar auf den Vorstoss

wurde eingegangen und wurde erwähnt. Nötig ist es, die Kanalabdeckungen richten sich auf. Das Geschäft wird im Finanzplan erwähnt, sogar mit dem Baugesuch wurde abgewartet. Alles wunderbar. Die FDP wird dem Geschäft zustimmen und hoffe, dass alle zukünftigen Geschäfte so eingereicht werden. Vielen Dank an dich und an das Team.

Jorio Marco, Mitte/glp: Unsere Fraktion wird diesem Kredit natürlich zustimmen. Die Vorlage ist, wie schon erwähnt, klar und gut begründet. Gestolpert sind wir einzig bei der Frage betreffend grossem Einmündungstrichter, welchen man nicht redimensionieren will. Es reuen die 20'000 Franken. Wir sind enttäuscht, dass man zwar immer von Schwammstadt und von der Begrünung öffentlicher Flächen schwadroniert, aber schon bei der ersten Gelegenheit wegen einer minimalen Einsparung von 2 % auf dem ganzen Kredit umkippt. Unsere landwirtschaftlichen Fraktionsmitglieder aus diesem Raum haben uns darauf aufmerksam gemacht, dass der Trichter nicht zurückgebaut werden soll, da die grossen landwirtschaftlichen Fahrzeuge Mühe hätten, um abzubiegen. Es überrascht uns ein wenig, dass die Baukommission sowie der Gemeinderat nur finanzielle und ökologische Gründe gegen diesen kleinen Betrag vorgebracht haben, aber nichts über die offensichtlich verkehrstechnischen Probleme erwähnten, was man eigentlich von einer Baukommission erwarten könnte. Wir stimmen zu.

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Die SVP-Fraktion wird diesem Kredit zustimmen. Ich als Richiger bin direkt betroffen und habe bereits auf der Kantonsstrasse mitgeholfen, gehobene Kanaldeckel wieder zurück in ihre richtige Position zu setzen. Autofahrer warnen, die bei starkem Regen dort entlangfahren, verkalkte Meteorwasserleitungen, die dazu führen, dass das Wasser in die Kabelkanäle der Licht- und Kraft Richigen fliesst, und dort im Haupt Trafo den Wasserpegel steigen lässt. Das habe ich alles erlebt, alles gewesen. Diese Investition wurde auch schon zurückgestellt und ich möchte mich meinen Vorrednern anschliessen, im Finanzplan eingestellt, es ist wirklich nötig und ich als Richiger danke euch allen, dass ihr diesem Kredit heute Abend zustimmen werdet. Vielleicht noch kurz ein Einschub, was ich auch noch sagen möchte, auch ich und da schliesse ich mich nicht meinen Vorrednern an, dies möchte ich ausdrücklich nochmals sagen, mir gefällt diese Botschaft sehr. Ein Merci hierfür. Man spricht viel über das Schlechte, kann aber auch mal das Gute erwähnen. Die Botschaft ist ausführlich, die Varianten sowie Kommissionsmeinungen sind erklärt und integriert. So muss eine Botschaft sein. Vielen Dank dem Departement und der Bauabteilung. Und zum Schluss noch betreffend der grossen Einmündung: Aktuell läuft das Vernehmlassungsverfahren für eine 30er Zone in Richigen ab. Wir werden dort in dieser Einmündung Platz benötigen, um die 30er Tafel im Eingangsbereich setzen zu können. Dies wird zu einer Verschmälerung der Einmündung führen. Marco, ihr könnt vergleichen zwischen etwas mehr Ökologie oder mehr Verkehrssicherheit und weniger schnellen Autos. Ich denke aber, das bekommen wir hin. Diese Einmündung wird am Schluss nicht zu breit sein und ich möchte den landwirtschaftlichen Vertreter eurer Fraktion danken, die sich eingesetzt haben. Es ist genauso, wie wir es in der Begehung auch gesehen und mit Nicole konstruktiv besprochen haben, dass es eine gute Sache wird.

Maurer Rolf, SP+Grüne: Fred und Sybille sind krank und so erlaube ich mir als Stellvertreter des Stellvertreters etwas zu sagen und zwar in Schriftsprache. Für die Fraktion SP+Grüne ist unbestritten, dass die Leitungen im Bereich Schlosswilstrasse und Hübeliweg veraltet und dringendst zu ersetzen sind. Es ist auch richtig und wichtig, dass alle Betreiber der anderen Infrastrukturen eingeladen wurden, ihre Werke zu überprüfen. Angesicht der angespannten Finanzlage sollte in Zukunft geprüft werden, ob es bei wenig befahrenen Strassen ausreichen würde, den Asphalt nur gut zu flicken, anstatt den ganzen Belag zu ersetzen. Die SP+Grüne-Fraktion nimmt mit Freude zur Kenntnis, dass unser Vorstoss Schwammstadt, Begrünung öffentlicher Flächen zur Prüfung der überdimensionierten Einfahrt von der Luzernstrasse in den Hübeliweg beigezogen wurde. Aus unserer Sicht ist dies jedoch nicht der richtige Ort, für eine solche Massnahme, da das Problem der Hitzeinseln in Richigen nicht akut ist. Wir erwarten jedoch, dass bei zukünftigen Geschäften, vor allem in den Zentren von Worb und Rüfenacht, das Prinzip der Entsiegelung konsequent umgesetzt wird. Gerade bei der laufenden Überprüfung der Bahnhofstrasse ist das zwingend. Für die SP+Grüne-Fraktion kommen Sanierungen der Gemeindestrassen nicht an erster Stelle. Aus unserer Sicht wäre es angebracht, über den Ausbaustandard von wenig befahrenen Gemeindestrassen nachzudenken und vielleicht auch mal zu kontrollieren, ob bei Flickarbeiten wirklich seriös gearbeitet wurde. An der letzten GGR-Sitzung haben alle bekräftigt, dass wir sparen müssen. Wenn wir bei den Belagsarbeiten Einsparungen machen würden, würde es problemlos für das PubliBike reichen und das wäre für die Bevölkerung erst noch attraktiver als die Behebung sämtlicher Schlaglöcher. Die SP+Grüne-Fraktion stimmt diesem Kreditantrag, trotz kritischen Anmerkungen zu den Belagsarbeiten, zu.

Cetin Mayk, EVP: Auch die EVP-Fraktion wird diesem Kredit selbstverständlich zustimmen. Viel wurde gesagt und auch von uns einen Dank an alle Beteiligten. Mit Nachdruck möchten wir betonen, dass die nächsten Geschäfte auch so vorbereitet werden sollen. Eine Sache sehe ich nicht ganz so, und zwar geht es um die Prioritäten. Hansueli hat die Alternative gut erklärt, vielleicht gibt es mehr Freiwillige, welche dort aushelfen, wo etwas nicht stimmt, also dies wäre die günstigste Variante.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. b der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:
1. Für den Netzersatz der Wasserversorgung in der Schlosswilstrasse - Hübeliweg wird ein Verpflichtungskredit von CHF 391'000.00 bewilligt; betroffen ist das Konto 350.5031.40 der Investitionsrechnung.
2. Für den Netzersatz der Meteorwasserleitung in der Schlosswilstrasse - Hübeliweg wird ein Verpflichtungskredit von CHF 389'000.00 bewilligt; betroffen ist das Konto 355.5032.25 der Investitionsrechnung.
3. Für die Strassensanierung der Schlosswilstrasse - Hübeliweg wird ein Verpflichtungskredit von CHF 210'000.00 bewilligt; betroffen ist das Konto 330.5010.27 der Investitionsrechnung.
4. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Verkehrssicherheit; Beschaffung und Bewirtschaftung eines Geschwindigkeitsmessgerätes: Kreditbewilligung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 429	11.11.2024	4	2021/24-277	32250	51/10/2

Eintretensdebatte

Eintreten wird nicht bestritten und gilt somit als beschlossen.

Detailberatung

Reber Markus, GPK: Die GPK hat das vorliegende Geschäft an der letzten Sitzung geprüft. Die GPK stellt fest, dass dieses Geschäft sowie die vorliegende Botschaft sorgfältig ausgearbeitet wurden. Die zusätzlichen Geschäftsunterlagen, welche zur Verfügung gestellt wurden, sind umfassend und die Möglichkeit zur Einsichtnahme wird verdankt. Die Botschaft mit dem Antrag zur Genehmigung ist gut strukturiert. Die GPK erwartet vom Gemeinderat die Beantwortung folgender Frage: Ist bei einer anderen Gemeinde, welche ein Geschwindigkeitsmessgerät betreibt, die Übertretungsquote gesenkt worden bzw. gibt es Beweise, dass die Übertretungsquote unter 2 Prozent gesenkt werden kann? Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Grossen Gemeinderat die Kreditbewilligung zur Anschaffung von einer semistationäre Geschwindigkeitsmessgerätes mit einem Verpflichtungskredit von 204'000 Franken zu behandeln.

Gerber Urs, Departementsvorsteher Sicherheit: Der Gemeinderat stellt dem GGR den Antrag zusammen mit drei anderen Gemeinden ein Geschwindigkeitsmessgerät anzuschaffen und zu betreiben. Bei den Umfragen zur Verkehrssicherheit und Tempo 30 in den Quartieren und bei Projektspaziergängen, welche wir durchgeführt haben und bei anderen schriftlichen und mündlichen Rückmeldungen von Bürgerinnen und Bürger zu diesem Thema, haben wir den folgenden Satz immer wieder gehört. "Wenn ihr die Verkehrssicherheit erhöhen wollt, müsst ihr mehr Radarkontrollen durchführen." Der Ressourcenvertrag mit der Kantonspolizei gibt uns die Möglichkeit Geschwindigkeitskontrollen selbst durchzuführen. Die Umsetzung des Ressourcenvertrages in der

Region Konolfingen, Aaretal und Worb ist gut angelaufen und jetzt möchten vier Gemeinden den nächsten Schritt machen. Die anderen möchten noch etwas zuwarten und beobachten, wie diese Sache sich entwickelt. Zu den vier Gemeinden gehören neben Worb die Gemeinden Rubigen, Allmendingen und Freimettigen. Rubigen entscheidet über das Geschäft am 28. November, Freimettigen nächsten Donnerstag und Allmendingen hat letzten Mittwoch beschlossen mitzumachen, wenn Worb und Rubigen auch dabei sind. Geschwindigkeitskontrollen sind ein anerkanntes Mittel, um die Verkehrssicherheit zu verbessern. Zu hohe Geschwindigkeiten führen zu mehr und zu schwereren Unfällen. Es ist unser Ziel, die Übertretungsquote markant zu senken. Die Referenzen zeigen, da wäre jetzt die Antwort für die GPK eingebaut, dass dies möglich ist. In Burgdorf liegen die Quoten um 1 Prozent, in der Regel darunter, in Ostermundigen deutlich unter 1 Prozent und in Ittigen in den letzten sieben Jahre durchschnittlich bei 1,25 Prozent. Das sind Gemeinden, welche schon seit vielen Jahren Geschwindigkeitskontrollen selbst durchführen. Wir würden Innerorts auf Gemeinde- und Kantonsstrassen kontrollieren können. An bewilligten Standorten, die Kriterien konntet ihr unter Punkt fünf lesen und semistationär, das heisst das Gerät steht während rund einer Woche an der gleichen Stelle. Zusammen mit den anderen Gemeinden wird bestimmt, wann das Gerät wo stehen wird. Die Planung wird von der Verwaltung erstellt und von den Gemeinderäten genehmigt und die Abweichung ebenso. Wir, der Gemeinderat, ich auch, sind sicher, dass wir mit diesem Geschäft gleich dreifach gewinnen würden. Erstens sagen wir als Gemeinde wo, dass wir messen wollen. Gemessen wird ohnehin, aber wir können bestimmen wo. Wir sind nicht mehr Bittsteller beim Kanton und holen uns damit ein Stück Selbstbestimmung zurück. Zweitens sind Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Alle Erfahrungen von anderen Städten und Gemeinden zeigen uns, dass wir mindestens ausgeglichene Aufwände und Einnahmen erwarten oder sogar mit einem Einnahmenüberschuss rechnen können. Drittens und sicher das Wichtigste, mit dieser Massnahme verbessern wir die Sicherheit auf unseren Strassen für alle Verkehrsteilnehmenden und schaffen damit einen echten Mehrwert für Worb. Ich möchte erwähnen, dass die Fragen und Anregungen der Finanzkommission, der Sicherheitskommission und letztlich vom Gemeinderat geholfen haben, das Wichtigste in diesem Antrag klar und deutlich darzustellen. Für mich ist diese Zusammenarbeit ein Stück echte konstruktive Demokratie gewesen. Zur Demokratie gehört auch, dass dieses Geschäft im GGR beraten wird. Ihr entscheidet und das ist auch richtig so.

Stucki Daniel, FDP: An der letzten Sitzung ist uns das Budget 2025 präsentiert worden, mit einem Aufwandüberschuss von über einer halben Million Franken. Darin stand, dass wir für die geplanten Investitionen ein Darlehen aufnehmen müssen. Daraufhin hat der Gemeinderat klar gesagt, dass nur das Nötigste budgetiert werden soll, und hier diskutieren wir über ein Geschäft, über ein Geschwindigkeitsmessgerät, welches wir von uns aus gesehen nicht benötigen. Meine Damen und Herren, aus der Sicht der FDP sprechen wir in diesem Geschäft über etwas Wünschbares, nicht wirklich nötiges, sondern über etwas praktisches also "nice to have". Ist die Verkehrssicherheit in Worb dermassen schlecht beieinander, dass wir gleich über 30 Wochen lang, dies habe ich mit den Prozentzahlen ausgerechnet, ein Radar aufstellen müssen? Ich möchte hier ein paar Argumente anbringen, welche aus unserer Sicht dagegen sprechen. Neben dem, dass die Finanzkommission leider zu den Beschaffungskosten keine Stellung nehmen konnte, sind weder im Finanzplan noch im Budget die Kosten eingestellt worden. Wir sprechen hier von mindestens 190'000 Franken einmalige und 87'000 Franken jährlich wiederkehrende Kosten. In denen sind prozentual gerechnet, auch ca. 60'000 Franken für Personalkosten für Worb enthalten. Die Polizeiabteilung hat gemäss Aussage von Urs auf Nachfrage jetzt schon Probleme mit den Personalressourcen und deshalb haben sie auch die Beschaffung extern an ein Büro in Bern gegeben, für 7'500 Franken. Wer soll die zusätzliche Arbeit erledigen, wenn wir ein Radargerät haben? Wird da jemand zusätzlich eingestellt? Genau diese Leistung, die wir mit dem Radargerät erzielen möchten, können wir jetzt schon mit dem Leistungsvertrag bei der Kantonspolizei anfragen. Auch wenn wir ein eigenes Radargerät haben, müssen wir die Polizei fragen, ob und wann wir dieses aufstellen dürfen, das entscheiden sie. Dort wo wir Radar machen können, ist es nicht der Fall, dass alle zu schnell fahren, da der V85 sowieso eingehalten werden muss. Wenn mehr als 15 Prozent zu schnell auf dieser Strasse fahren, müssen bauliche Massnahmen her, diese können nicht mit Radar abgedeckt werden. Und als letztes, das Gerät wäre wahrscheinlich kostendeckend oder sogar gewinnbringend, aber wir wollen ja nicht ein Radargerät kaufen, um unsere Finanzen aufzubessern, sondern wir wollen mit weniger oder eben nötigen Geldausgaben die Finanzen im Griff behalten. Wegen all diesen Gründen wird die FDP-Fraktion dem Geschäft mehrheitlich nicht zustimmen.

Hofmann Danilo, Mitte/glp: Wir von der Mitte/glp-Fraktion haben diese Kreditbewilligung besprochen. Beim Punkt sieben steht, dass die Gemeinden Burgdorf, Biel, Ostermundigen und Interlaken bereits Erfahrungen

gemacht haben. Uns würde interessierte, wie diese Statistiken nach ein paar Jahren Erfahrung aussehen. Aber im Großen und Ganzen finden wir dies eine gute Sache. Es ist wichtig, dass wir uns nicht nur auf die Finanzen fokussieren, sondern dass der Hauptaspekt die Sicherheit sein wird. Wir von der Mitte/glp-Fraktion werden die Kreditbewilligung annehmen.

Fivian Bruno, SVP: Geschwindigkeitsmessungen auf Gemeindestrassen, im vorliegenden Geschäft wird erwähnt, dass die Bevölkerung vermehrt bei der Gemeinde nach Geschwindigkeitskontrollen fragt. Wir anerkennen die Anfragen, weisen aber darauf hin, dass die Nachfragen immer auf einer subjektiven Wahrnehmung der Bevölkerung basieren. In der Botschaft wird übermittelt, dass Messungen der Kantonspolizei im Jahr 2023 eine Übertretungsquote von etwas mehr als 4 Prozent ergeben haben. Das würde, wenn ich dies korrekt verstanden habe, die V85 Formel im Kanton nachweisen. Wir erfüllen diese also schon längstens. In Worb sind von der Kantonspolizei rund 95 Prozent der Fahrzeuge ohne Geschwindigkeitsübertretung gemessen worden. Wenn in Worb an 288 Tagen im Jahr irgendwo dieser Radarkasten steht, dauert es vielleicht ein halbes Jahr und die 4,35 Prozent Übertretungsfahrer wissen, wo sich der Radarkasten befindet und bremsen genau dort ab. Ob es tatsächlich zur Verbesserung der Verkehrssicherheit beiträgt, ist fraglich. Wir sehen hier, das Kosten-Nutzenverhältnis nach kurzer Zeit in einem Ungleichgewicht. Wir wollen unbedingt erwähnen, dass wir auf keinen Fall gegen die Verbesserung der Verkehrssicherheit sind. Wir sind aber skeptisch, dass das Kosten-Nutzenverhältnis stimmt. Unsere Fragen an den Gemeinderat hat Herr Urs Gerber bereits vor der Sitzung elektronisch beantwortet und nach der Beantwortung der Fragen sind wir zu folgendem Schluss gekommen: Wir werden den Kredit für das Radargerät ablehnen, weil wir erstens von diesem Kosten-Nutzenverhältnis nicht überzeugt sind. Zweitens, weil das Radargerät in der Finanzplanung nicht eingestellt ist und der Gemeinderat deswegen keine andere Anschaffung zurückstellen will. Drittens, weil wir der Meinung sind das besonders in den 30er-Zonen genug Verkehrsbehinderung stattfindet und die Anwesenheit des Radargerätes nicht nötig ist.

Wyss Ursula, SP+Grüne: Eine zusätzliche Motivation die Geschwindigkeitsobergrenze einzuhalten, kann nur gut sein für die Sicherheit der Fussgänger, Velofahrer und Autofahrer. Wenn die Geschwindigkeitskontrolle bei den Umfragen in Worb und Rüfenacht als wesentliches Element zur Verbesserung der Sicherheit auf den Strassen erwähnt wurde, dann sieht man, dass die Bevölkerung diese Massnahme wünscht. Dazu gibt das Messgerät der Gemeinde Worb eine Spur mehr Autonomie im Bereich Strassensicherheit und Verkehrskontrolle. Das dies auch noch finanziell sinnvoll ist, ist ja klar. Die Fraktion SP+Grüne wird dem Antrag zustimmen.

Moser Titus, EVP: Auch wir von der EVP haben das Geschäft angeschaut. Das Beste, was der Sicherheit von Worb geschehen kann, wäre wenn diese Anschaffung nicht rentieren würde. Genau dann hätten wir das Ziel der Sicherheit erreicht, weil die Leute auch tatsächlich so fahren, wie es die Vorschriften verlangen. Leider zeigen die Erfahrungen aus den umliegenden Gemeinden, von denen wir vorher gehört haben, welche bereits ein solches Gerät besitzen, dass eher das Gegenteil der Fall ist. Dass es zwar eine Verbesserung der Einhaltung gibt, wir haben irgendwo gehört um die 2 Prozent Senkung, von den guten 4 Prozent auf 2 Prozent retour geht, dass aber nach wie vor immer noch schnell gefahren wird. Es ist auch richtig, dass wir jetzt schon die Möglichkeit haben, dass die Kantonspolizei Kotrollen machen kann und das auch macht. Da auch immer wieder Leute zu schnell fahren. Es ist aber auch so, dass die Wahrscheinlichkeit jetzt in eine Kontrolle zu kommen, extrem klein ist was tendenziell dazu führt, dass die Leute zu schnell fahren. Und das, was du Bruno vorhin gesagt hast, da bin ich nicht gleicher Meinung, dass mit der 30er-Zone. Ich denke, genau weil die Geschwindigkeitsvorgaben nicht eingehalten werden, sind je länger, je mehr Forderungen zu noch grösseren Einschränkungen da, um noch stärkere Reduzierungen oder Gestelle in den Weg zu stellen, welche das Leben ungemütlich machen, weil die Leute subjektiv oder tatsächlich zu schnell fahren. Wenn mit mehr Kontrolle dies reduziert werden kann, können wir es auch hinbringen, dass die Geschwindigkeit auch eingehalten wird und wir nicht noch mehr in bauliche Massnahmen oder in zusätzlichen Geschwindigkeitssenkungen investieren müssen. Somit ist für die EVP eigentlich klar, dass wir dem Geschäft zustimmen werden.

Hodler Adrian, SP+Grüne: Ich muss sagen, ich bin wirklich gerade amüsiert. Die FDP spricht sich gegen Mehreinnahmen aus. Die SVP spricht sich gegen den Volkswillen aus. Schön. Das einzige Problem ist, dass es auf die Kosten der Verkehrssicherheit geht. Deshalb bin ich für die Anschaffung des Geschwindigkeitsmessgerätes.

Gerber Urs, Departementsvorsteher Sicherheit: Ich werde noch auf das eine oder andere eingehen, was erwähnt wurde. Das Erste betrifft die Finanzen. Diese Investition ist nicht im Finanzplan drin, das ist wahr. Es gibt selten ein Geschäft im öffentlichen Bereich, wo man, wie bei diesem davon ausgehen kann, dass man die Ausgaben auch mit den Einnahmen deckt, und zwar ziemlich sicher. Dies ergaben die Nachforschungen, welche wir bei diesen Gemeinden und Städten, wo dies seit Jahren betreiben, gemacht haben. Man könnte vielleicht sagen, dass man am Anfang die ersten zwei Jahre noch grosse Einnahmen hat und danach fallen diese zusammen. Dies ist leider nicht so. Burgdorf sagt, sie haben dieses eine Prozent, sie sind tief, aber die Einnahmen sind immer noch so gross, dass sie die Ausgaben locker decken. Von dem her sehe ich dort kein Problem. V85 und Radarkontrolle sind zwei ganz verschiedene Sachen. Der V85 ist dann wichtig, wenn wir bestimmen müssen, ob wir auf einer bestimmen Strasse Massnahmen treffen müssen, dass diese so ausgebaut ist, dass man natürlicherweise die Geschwindigkeit einhalten würde. Das ist man dann, wenn etwa 85 Prozent der Verkehrsteilnehmenden die Geschwindigkeit auch einhalten. Geschwindigkeitskategorie ist eine andere Kategorie. Wir wollen natürlich nicht das 15 Prozent die Geschwindigkeit nicht einhalten. Das wollen wir massiv herunterbringen. Wir wollen dies unter 2 Prozent bringen. Dafür gibt es ein Mittel, das verhebt und dies sind Geschwindigkeitskontrollen. Dann der dritte Punkt, das muss ein Missverständnis sein, wir müssen uns die Standorte von der Kantonspolizei bewilligen lassen. Da gibt es Kriterien, diese müssen erfüllt sein, unter andrem muss auch der V85 eingehalten werden. Wir müssen zuerst schauen, dass die Planung verhebt, der V85 muss stimmen und dann darf man Geschwindigkeitskontrollen machen. Aber anschliessend sagt die Kantonspolizei nicht mehr, wann wir kontrollieren. Das heisst, wenn wir an einem Standort sind, wo in einer ganzen Woche niemand eine Geschwindigkeitsübertretung gemacht hat, geht man nicht zwei Monate später wieder dort messen. Man stellt das Geschwindigkeitsmessgerät dort hin, wo es mehr Übertretungen hat. Und zwar nicht, dass es mehr Geld gibt, das ist ein Nebeneffekt, wo wir ebenfalls mitnehmen können, aber vor allem weil wir dort die Kontrollen machen müssen. Dort soll es häufiger Blitzen. Viertens, das ist auch ein Missverständnis. Die Polizeiabteilung hat nicht die Ressourcen, um diesen Job zu übernehmen. So eine Bewirtschaftung und Handhabung braucht Spezialwissen, auch das Abfragen der Autonummern, inländische und Ausländische, also mit Spezialsoftware, Abfragen machen, Rechnungsstellung und so weiter. Wenn wir da jetzt irgend ein 60 oder 80 Prozent-Job hätten und diese Person krank wäre oder sonst ausfallen würde, wäre das Messgerät Monatelang stillgelegt. Das ging auch nicht. Wir müssten eine Stellvertretung bereitstellen können und das können wir uns nicht leisten. Deshalb wollen wir diese Dienstleistung bei einem anderen Polizeiinspektorat, welches bereits Erfahrungen hat und diese Messungen schon Jahre oder Jahrzehnte selbst durchführt, einkaufen. Welche Gemeinde oder Stadt das dies sein wird, wird erst nächstes Jahr auskommen, vorausgesetzt ihr stimmt zu. Dann muss man dann all diese vertraglichen Sachen bestimmen, die Standorte bestimmen und bewilligen lassen. Also es liegt noch viel Arbeit vor uns, bis wir überhaupt anfangen können. Deshalb wollen wir, dass habt ihr im Antrag gesehen, mit den Geschwindigkeitskontrollen per 1. Januar 2026 anfangen.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 20 zu 14 Stimmen bei 1 Enthaltungen gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. b und c der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Für die Beschaffung eines semistationären Geschwindigkeitsmessgeräts wird ein Verpflichtungskredit von CHF 204'000.00 bewilligt; betroffen ist das Konto 501.5060.01 der Investitionsrechnung.
2. Die jährlich wiederkehrenden Ausgaben für den Betrieb eines semistationären Geschwindigkeitsmessgeräts, derzeit ausmachend CHF 93'720.00, werden bewilligt und sind in die jeweiligen Budgets einzustellen.
3. Vorbehalten bleibt die Zustimmung der Gemeinde Rubigen zum vorliegenden Projekt.
4. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

"Projekt Dorfmitte Rüfenacht 'Zur alten Linde' - Vergabe des Baurechts", einfache Anfrage der FDP-Fraktion: Stellungnahme

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 429	11.11.2024	5	2021/24-278	38494	24/10

Feststellung:
Von der Stellungnahme des Gemeinderates zur einfachen Anfrage der FDP-Fraktion mit dem Titel "Projekt Dorfmitte Rüfenacht 'Zur alten Linde' – Vergabe des Baurechts" wird Kenntnis genommen.

Guido Federer
Präsident

Jürg Bigler
Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung vom 9. Dezember 2024

Jürg Bigler
Sekretär